

Rede von Michael Balter zum Krisendekret 01. Februar 2010

Zuerst einmal möchte ich unserem neuen Parlamentspräsidenten unseren Glückwunsch zu seiner Wahl aussprechen und ihn an unseren Wunsch erinnern, dass er hier im Hause ein Präsident für alle Parlamentarier sein möge.

Herr Präsident, Mitglieder der Regierung, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Das Krisendekret: Es ist eigentlich schade, dass wir uns damit beschäftigen müssen. Wie ich es jedoch bereits mehrfach erwähnt habe, sollte man die Krise als Chance, als Möglichkeit für eine Veränderung oder eine Verbesserung sehen. Somit ist sie auch eine Herausforderung. In Krisenzeiten muss man sparen. Aber bei wem? Bei sich selbst, bei anderen? Oder bei allen? Oder bei denen, die noch genug haben? Eine schwierige Entscheidung, vor allem dann, wenn man in guten Zeiten keine Reserven angelegt hat und immer am Limit plant.

In einigen Punkten ist der Regierung jedoch eine Verbesserung gelungen, die die VIVANT-Fraktion unterstützt. Sie betrifft die Abänderung des Dekrets über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, also die Vorschussregelung, die Kollege Dannemark ebenfalls angesprochen hat. Wir haben mit einigen betroffenen Einrichtungen gesprochen, die dies effektiv als Verbesserung ansehen. Dazu heißt es wörtlich, mit diesen Bestimmungen solle die Situation der Zuschussempfänger verbessert werden, da diese auf teure Kassenkredite verzichten könnten. Ich möchte dem jedoch einen kleinen Wermutstropfen hinzufügen: warum erst jetzt und nicht schon vor Jahren? Den Einrichtungen wären etliche Euros an Zinszahlungen erspart geblieben. Es ist aber eine Besserung in Sicht, wenn nach und nach das eine oder andere Dekret abgeändert wird. Mal abwarten!

Auch möchte ich kurz auf den Vorschlag in Kapitel 4 Artikel 9 zur Beschäftigung eingehen. Damit uns nicht nochmals unterstellt wird, wir würden vor unserer Intervention im Parlament nicht mit den Betroffenen sprechen, schicke ich vorweg, dass wir mit unseren bescheidenen Möglichkeiten auch zum Thema „Arbeitsmarkt und Beschäftigung“ persönliche Gespräche mit Verantwortlichen und Experten geführt haben, was der Herr Minister vor der Ausarbeitung dieses Artikels und der dazugehörigen Maßnahmen scheinbar auch getan hat.

Sehr viel steht in diesem Artikel allerdings nicht drin. Ich wiederhole hier gerne den ganzen Wortlaut, denn die Regierung möchte für diese „weiche“ Formulierung heute das Einverständnis des Parlaments: „Artikel 9 - Den Handelsgesellschaften und natürlichen Personen, die eine selbstständige kommerzielle Tätigkeit ausüben und ihren Betriebssitz oder eine Niederlassungseinheit im deutschen Sprachgebiet haben, kann gemäß den von der Regierung festzulegenden Bedingungen im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel ein auf maximal ein Jahr beschränkter Zuschuss für die Einstellung von Arbeitnehmern gewährt werden, die 1. älter als 50 Jahre sind; 2. als unbeschäftigte Arbeitssuchende beim Arbeitsamt eingetragen sind; 3. höchstens Inhaber eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts sind.“ Also soll praktisch mit Haushaltsmitteln der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Höhe von insgesamt 250.000 EUR 32 Personen mit jeweils 8.000 EUR Einstellungsprämie eine Arbeit vermittelt werden. Das ist scheinbar eine gute Idee. Nur, warum sehen alle oder viele das anders - bis auf den Minister und sein Ministerium? Dieser Artikel des Dekretentwurfs wurde zur Begutachtung zum Staatsrat geschickt. Dieser gab ein negatives Urteil ab. Auch die föderale Arbeitsministerin erhob den Zeigefinger und äußerte Bedenken, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft die Grenzen ihrer rechtlichen Zuständigkeiten erreiche. Die Vorschläge des Arbeitsamtes wurden nur teilweise berücksichtigt. Die Stellungnahme mit dem Gegenvorschlag der Gewerkschaften wurde ebenfalls abgelehnt.

Es gibt bereits eine Fülle an Beschäftigungsmaßnahmen des Föderalstaates, die der Mitarbeiter des Ministeriums auch den Ausschussmitgliedern in Form einer Liste aushändigte. Es waren deren so viele, meine Damen und Herren, dass eine komplette Auflistung nicht möglich war, sodass die Liste mit Verweisen auf die entsprechenden Internetseiten endete.

Die heute in diesem Krisendekret vorgeschlagene Maßnahme ist wahrscheinlich die letztmögliche, die noch in den Riesenkatalog von Maßnahmen für Beschäftigung in diesem Land hineinpasst. Auch die Aussagen und Argumente im Ausschuss beweisen, dass sich diese Maßnahme mit einer anderen, bereits existierenden überschneiden könnte.

Mein Glückwunsch, die Lücke ist gefunden, aber das dürfte es dann auch gewesen sein!

Ich denke, dass dies ein Zeichen der Hilflosigkeit der Regierung in puncto Arbeitsmarkt darstellt. Wenn der Föderalstaat bereits einen Maßnahmenkatalog veröffentlicht, bei dem der Durchblick selbst den Mitarbeitern des Arbeitsamtes schwerfällt, und wenn die Arbeitslosenzahlen ständig steigen, sollte man sich die Frage stellen: Was bringt das?

Sicher ist, dass durch subventionierte Einstellungen keine neuen Stellen auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden. Ein Arbeitgeber stellt jemanden ein, wenn er jemanden braucht. Die Maßnahmen sehe ich lediglich als Bonbon, das der Arbeitgeber zwar gerne mitnimmt, das ihm aber nicht den notwendigen Umsatz bringt, um einen zusätzlichen Arbeitsplatz zu schaffen.

In Krisenzeiten, meine Damen und Herren, ist der wichtigste Beschäftigungsförderer die Anhebung der Kaufkraft einer breiten Masse von Menschen. Darüber sollten Sie sich einmal Gedanken machen. Die VIVANT-Fraktion wird diesem Vorschlag nicht zustimmen.

Damit komme ich zu den Artikeln des Krisendekrets, die das zeitliche Hinausschieben der abgemachten Gehaltsanpassungen im öffentlichen Dienst betreffen. Diese versprochenen Aufwertungen brachten dem Minister vor den Wahlen sehr viele Sympathien. Heute soll dieser Vertragsbruch offiziell in einem Krisendekret verankert werden.

Was soll der Wähler davon halten? Ein Sektorenabkommen, bei dem es um Hunderte Beschäftigte geht, kann man also kurzerhand in einem Krisendekret vom Tisch fegen. Das sieht bei einem Koalitionsabkommen, bei dem es um Posten für die Gewählten geht, schon ganz anders aus, wie wir heute gesehen haben. Ich frage mich, ob noch jeder von Ihnen im Hause weiß, warum und für wen wir in dieses Parlament gewählt wurden. Unsere Verantwortung und erste Priorität ist, im Dienste und zum Wohle des Bürgers zu handeln.

Mit der Entscheidung, diese Artikel des Krisendekrets gutzuheißen, widersprechen wir nicht nur formell dem Sektorenabkommen von 2007, sondern wir tragen damit zum Kaufkraftverlust der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei.

Im Jahr 2009 wurde das Wort „krisenbedingte Neuverschuldung“ von den Grenz-Echo-Lesern zum Wort des Jahres gewählt. Für VIVANT ist es sogar das Unwort des Jahres, da die Gesamteinnahmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft in absoluten Zahlen gar nicht so tief sinken, wie die Neuverschuldung ausfällt.

Wir haben uns dazu einmal den Bericht des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2010 angesehen. Auf den Seiten 23 und 24 sehen Sie in Tabelle 8 die detaillierte Aufstellung der Berechnung der Dotationen.

Aus dieser geht hervor, dass der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2010 130.000.307 EUR zustehen; 2009 waren es 128.125.000 EUR. Das heißt, dass uns eigentlich 2010 mehr zusteht als 2009.

Es stimmt, was der Ministerpräsident gesagt hat:

Wir erhalten weniger, aber aufgrund der Regulierung steht der Deutschsprachigen Gemeinschaft de facto mehr zu. Wie gesagt, das kann man nachlesen auf den Seiten 23 und 24 des Berichts des Rechnungshofs.

Zusammengefasst bedeutet das: 2010 kürzt die Regierung in allen Organisationsbereichen mindestens 2 %, und trotzdem will sie 2010 eine Neuverschuldung von 14 Millionen EUR aufnehmen. Wie kann das sein? Gospert 42, das Kulturzentrum Triangel und ähnliche Prestigeobjekte bringen durch Bau- und Zinskosten den Haushalt ins Ungleichgewicht.

Ich weiß nicht, ob Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Haushalt einmal genau überprüft haben, denn alles andere hätten wir uns auch in Krisenzeiten leisten können, und das sogar ohne Kürzungen bei den Einrichtungen und Projektträgern der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Schade! Diese Regierung lebt über ihre Verhältnisse und die Mehrheit der Volksvertreter in diesem Parlament unterstützt das, manchmal sogar zum Nachteil der eigenen Gemeinde. Ich frage Sie, warum.

2010 wird „Krisendekret“ unser Favorit für das Wort des Jahres sein, denn bis auf einige Ausnahmen sind die Artikel in diesem Dekret keine Maßnahmen, die den Bürgern der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus der Krise helfen, sondern solche, die die Regierung vorübergehend vor einer Krise bewahren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Koalitionsabkommen der Mehrheit steht über den Interessen der DG

Pressemitteilung der Vivant Fraktion im PDG vom 21-01-2010

In der ersten Plenarsitzung des Jahres, am 1. Februar 2010, steht im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine wichtige Entscheidung an, die 25 Volksvertreter wählen aus Ihrer Mitte den Gemeinschaftssenator, der die Interessen der DG in Brüssel vertreten soll. Die Verfassung Belgiens garantiert diese sichere Vertretung, sodass unsere Gemeinschaft bei den Föderalwahlen nicht zu bangen braucht, überhaupt einen Senator nach Brüssel entsenden zu dürfen.

Da der Senator die Interessen der gesamten DG vertreten soll, finden wir es bedenklich dass die Entscheidung über die Person nicht aufgrund sachlicher Argumente getroffen wird, sondern Teil eines Koalitionsabkommen zwischen PFF, SP und ProDG ist, welches jeder Fraktion ganz einfach 2 wichtige Posten zuschanzt. Ab Februar 2010 sollen das, 1 Ministerposten und den Posten des PDG-Präsidenten für die PFF, 2 Ministerposten für die ProDG, den Posten des Ministerpräsidenten und den des Senators für die SP, sein.

Bisher ist Berni Collas (PFF) seit Januar 2004 Senator der DG, ab Februar 2010 soll dies Louis Siquet (SP), der bereits zwischen Juli 1999 und Januar 2004 Senator war, werden.

Die Vivant Fraktion zweifelt, nicht zuletzt durch die Affäre Sanatorium, dass die DG, vielmehr die Mehrheit im Parlament den richtigen Mann nach Brüssel entsendet. Abgesehen von der sprachlichen Kompetenz und der Neutralität des Kandidaten der SP (Louis Siquet) ist folgender objektiver Vergleich der geleisteten Arbeit im Senat (unter www.senat.be nachzulesen) ein eindeutiges Zeugnis für den bisherigen Amtsinhaber und den designierten Nachfolger.

Die Arbeit im Senat wird gemessen an den eingereichten und durchgebrachten Gesetzesvorschlägen, den mündlichen und schriftlichen Fragen und den Interpellationen den so genannten „demandes d'explication“

	Berni Collas Senator 01/2004 bis heute 72 Monate	Louis Siquet Senator von 07/1999-01/2004 55 Monate
Eingereichte Gesetzesvorschläge	71 (runtergerechnet auf 55 Monate: 54)	15
Davon durchgebrachte Gesetzesvorschläge	12 (9)	1
Schriftliche Fragen	88 (67)	8
Mündliche Fragen	34 (26)	23
Interpellationen	130 (99)	0
Teilnahme in Kommissionen	5	0

Das Herr Collas durch seine Kenntnisse aller drei Landessprachen viel besser in der Lage ist einen, im Senat wichtigen, Konsens zu erzielen liegt auf der Hand. Dies beweist auch die Eidesleistung des Herrn Collas in allen drei Sprachen im Vergleich zu der Eidesleistung von Herrn Siquet zunächst in französisch, dann erst in deutsch und nicht in niederländisch.

Schwerwiegend sind vor allem die fehlende Neutralität des Kandidaten Siquet, gegenüber allen Parteien und das Einstehen für die Interessen aller Bürger der DG. Beweis dafür ist das Abstimmungsverhalten zum Lambermont-Abkommen als Herr Siquet gegen die Interessen der DG und im Sinne der Schwesterpartei PS abgestimmt hat.

Das Lambermont-Abkommen war nicht nur irgendein Abkommen, sondern war eine der elementarsten Entscheidungen für die Autonomie und die Kompetenzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dort hätte unser Senator als Zünglein an der Waage (es hing an seiner einzigen Stimme) viel mehr für die DG rausholen können. Dieser weiteren Autonomie und Kompetenzübertragung laufen wir seit dem hinterher.

Wir möchten die Verantwortlichen an ihre Aussagen erinnern, so sagte Louis Siquet (damals Senator) am 4. März 2002 in der Plenarsitzung zu der Kritik an seiner Person:

Und worauf kommt es an? Ich denke, es sind die Resultate, an denen wir gemessen werden. Die politischen Kommentare können wir uns anhören, doch helfen sie den Menschen und den Einrichtungen konkret weiter?

Bitteschön Herr Siquet, die Resultate haben wir gemessen und diese sind bedauerlich.

Ferdel Schröder sagte in der Plenarsitzung vom 10. Juni 2003 nachdem die PFF durch ein gutes Ergebnis bei den Föderalwahlen Anspruch auf den Senatorposten äußerte, trotzdem Herr Siquet am gleichen Tag wiedergewählt wurde und klar war das ein halbes Jahr später Herr Collas das Amt übernimmt:

Warum hat die PFF eine Änderung des Koalitionsabkommens der Mehrheitsparteien beantragt? [...] es darf doch legitim sein, ein Abkommen aufgrund neuer Fakten zu besprechen. Das ist geschehen.

Bitteschön Herr Schröder, eine Änderung des Koalitionsabkommen ist doch bereits Teil des Erfahrungsschatzes der PFF. Und Herr Collas doch Teil dieser Partei.

Übrigens sollten wir bei der Debatte über unseren Gemeinschaftssenator nicht aus den Augen verlieren, dass es bei der Benennung dieses Senators der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen fundamentalen Unterschied zu den anderen Gemeinschaften gibt. Während in den beiden anderen großen Gemeinschaften die Gemeinschaftssenatoren im Proporz zu der jeweiligen Fraktionsstärke von den verschiedenen Fraktionen bestimmt werden, haben wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nur einen Senator. Doch dieser sollte mehr, als nur die in einem Koalitionsabkommen festgelegte Entscheidung über Posten, als Rückendeckung haben.

Wenn die Mehrheit ihr Koalitionsabkommen nicht ändern möchte, sollte Herr Siquet selbst im Interesse der DG die Kandidatur nicht annehmen und den jetzigen Amtsinhaber ermutigen weiter zu machen.

Rede von Michael Balter zum Dienstleistungsdekret 15. März 2010

Herr Präsident, Mitglieder der Regierung, Kolleginnen und Kolleginnen, werte Bürgerinnen und Bürger!

Beim Dienstleistungsdekret handelt es sich also um eine Fortführung der Lissabon-Strategie, also um einen weiteren Schritt zur Öffnung des Marktes innerhalb Europas, zur Verbesserung des Wettbewerbs. In vielerlei Hinsicht kann ich dem, was Frau Franzen eben gesagt hat, zustimmen.

Meine Damen und Herren, meines Erachtens müssen wir auch bei diesem Dekret etwas mehr in die Tiefe gehen und ein paar wesentliche Punkte ansprechen. Wohin führt dieser Weg? Wohin führt diese weitere Öffnung des Marktes? Europa ist kein homogenes Gebilde. Auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene gibt es starke Unterschiede.

Wem wird also geholfen? Den Unternehmen und den Arbeitnehmern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft? Den Unternehmen und den Arbeitnehmern in Belgien? Oder den Unternehmen in den Ländern, die eine andere soziale und wirtschaftliche Entwicklung haben? Oder vielleicht den multinationalen Konzernen, die mal hierhin, mal dorthin springen, je nachdem, wo sie am meisten Profit erwirtschaften können? Und was hat das mit uns als Parlamentariern der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu tun?

Manchmal habe ich den Eindruck, dass man, wenn es um EU-Richtlinien geht, denkt: Augen zu und durch! Ich würde sogar hinzufügen: Abstimmen, abhaken und schnell vergessen! Aber so einfach und leicht wird es in Zukunft nicht mehr sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Diese europäischen Themen werden wir als Parlamentarier und die Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft in ihrem Alltag mehr und mehr in allen Bereichen wiederfinden und sie werden uns Zeit, Verantwortung und Geld kosten. Wir können dann nicht mehr einfach zum Tagesgeschäft übergehen, wie Mitglieder des Parlaments und der Regierung dies in der Vergangenheit getan haben.

Ich bin sogar der Meinung, dass die Herausforderungen, die diese schwerwiegenden Entscheidungen mit sich bringen, von den meisten hier unterschätzt werden.

Die Regierung ist zurzeit dabei, über mehr Autonomie für die Deutschsprachige Gemeinschaft zu verhandeln. Ziel ist die Übertragung der Kompetenzen Raumordnung und Wohnungswesen von der Wallonischen Region sowie der Provinzbefugnisse.

Warum erzähle ich Ihnen das, wo es doch heute um die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union und um deren Umsetzung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen des heute zu verabschiedenden Dienstleistungsdekrets geht?

Der Zusammenhang liegt meines Erachtens klar auf der Hand: Einerseits gibt es Autonomiebestrebungen, andererseits lassen die Regierung und die Mehrheit im Parlament keine Gelegenheit aus, um als brave Musterschüler im „Klassenzimmer Europa“ die Hoheit über bestehende Dekrete abzugeben und somit an Selbstbestimmung zu verlieren.

Als im Mai 2008 - also noch vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise - der Vertreter unserer Fraktion, Herr J. Meyer, anlässlich der Abstimmung über den Dekretentwurf zur Zustimmung zum Lissabon-Vertrag Bedenken gegenüber der Lissabon-Strategie geäußert hatte, wurde er beschimpft und ausgelacht. Noch kein halbes Jahr später zeigte sich, wohin uns der freie Kapitalverkehr gebracht hatte. Auch der Lissabon-Vertrag enthält kritische Artikel, die den Banken weitere Freiheiten geben und die Geldhoheit vollends aus den Händen der Staaten reißen.

Wir von VIVANT waren die Einzigen, die gegen den Lissabon-Vertrag und dessen Strategie gestimmt haben. Warum? Nicht weil wir gegen Europa sind, sondern weil wir gegen die Bestimmungen in diesem Vertrag und damit gegen die negativen Folgen für unsere Bevölkerung sind.

An dieser Stelle möchte ich ein Zitat des belgischen SP-Politikers Dehousse bringen: „Ich bin für Europa, und weil ich für Europa bin, bin ich gegen diesen Vertrag.“

In seiner Antwort auf eine Interpellation von Herrn Dr. Meyer aus dem Jahr 2008 zum Lissabon-Vertrag verkündete der Ministerpräsident: „Der Reformvertrag ist trotz des Rückschritts zum Verfassungsvertrag ein wichtiger Fortschritt für Europa. Es gibt keine wirkliche Alternative. Das ist auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft sehr wichtig. Das wissen wir alle und das werden wir der Bevölkerung in Zukunft noch viel deutlicher, konkreter und wirklichkeitsnäher klarmachen können.“

In der Regierungserklärung steht auf Seite 3 etwas Interessantes: „... dann dürfen wir uns bei der Erstellung eines Arbeitsprogramms nicht ausschließlich auf die direkten Belange der Gemeinschaft beschränken, sondern müssen ebenfalls diese übergeordneten Belange im Blick halten.“

Und jetzt, im März 2010? Sind nicht gerade diese Strategien die Ursache für die Probleme, die auf dem Wirtschaftsmarkt aufgetreten sind? Ich bin gespannt, Herr Lambertz, wie Sie das heute der Bevölkerung – wie Sie 2008 ankündigten – deutlicher, konkreter und wirklichkeitsnäher klarmachen werden.

Wie werden Sie uns erklären, wie dieser hochgelobte Vertrag und die daraus abgeleiteten Richtlinien uns jetzt verpflichten, ja sozusagen in die Zange nehmen? Stimmt die Realität immer noch mit dem überein, was Sie mit der Unterstützung der Lissabon-Strategie zu erreichen geglaubt hatten?

Bei der Vorstellung der Dienstleistungsrichtlinie durch den Mitarbeiter des Föderalen Öffentlichen Dienstes „Wirtschaft“ im Ausschuss ist mir aus seinen Erläuterungen ein Satz im Gedächtnis geblieben: „Personne n'échappe à cette directive-service.“

Niemand wird dieser Richtlinie entkommen können, das heißt, wer den Lissabon-Vertrag ratifiziert hat, muss diese Richtlinie umsetzen - ob er will oder nicht.

Herr Lambertz hat im Ausschuss zu den Anstrengungen in Sachen Raumordnung und Wohnungswesen gesagt: „Wir wollen über dieses Gebiet hier selbst entscheiden.“ Meine Damen und Herren, sehen Sie nicht, wohin der Zug fährt? Die Selbstbestimmung wird sich nach und nach in Luft auflösen; hier werden ohne Bedenken einschneidende Verträge und Dekrete durchgewunken.

Ich möchte anhand von einigen sachlichen Beispielen aufzeigen, was passieren wird, was passieren kann und wo unsere Autonomie und Selbstbestimmung ihren Anfang und ihr Ende finden.

Da ist einerseits die Normenprüfung, das sogenannte Normenscreening: Gemäß der Dienstleistungsrichtlinie sind die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, ihr gesamtes dienstleistungsbezogenes Recht einer Prüfung auf seine Vereinbarkeit mit den Vorgaben der Richtlinie zu unterziehen. Die einzelnen Anforderungen sind nicht nur generell daraufhin zu prüfen, ob sie „einfach genug“ sind (Artikel 5 Absatz 1), sondern auch, ob sie im Widerspruch zu speziellen Vorgaben der Richtlinie stehen. Ergibt diese Prüfung, dass nationale Rechtsnormen der Richtlinie nicht entsprechen, müssen sie angepasst werden.

Wenn man die Dienstleistungen aufzählt, die die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft berühren - z. B. im Bereich Fremdenverkehr, Freizeit, Beherbergungs- und Verpflegungsdienstleistungen, Dienstleistungen auf dem Gebiet der Ausbildung und Bildung, Unterstützungsdienste im Haushalt -, dann kommen wir meiner Ansicht nach nicht mit einem blauen Auge davon.

Tatsache ist, dass auch Dienstleistungen betroffen sind, für die wir zwar gesetzgeberisch nicht zuständig sind, die jedoch unsere Bevölkerung und den Arbeitsmarkt direkt betreffen.

Dieses Dienstleistungsdekret lenkt geschickt von der eigentlichen Problematik ab. Uns ist klar, dass eine europäische Richtlinie vorliegt, die uns zwingt, unsere Dekrete anzupassen und uns quasi zu beugen. Das alles unter dem Deckmantel der Vereinfachung und der Abschaffung von Hindernissen im freien Dienstleistungsverkehr innerhalb Europas.

Aber was heißt das wirklich? Unser Geldschuldsystem zwingt uns zu einem ständigen Wirtschaftswachstum, das wir zurzeit nicht haben. Europa versucht mit aller Macht, Wirtschaftswachstum zu erzeugen, indem es die Mitgliedstaaten, deren Bevölkerung und deren Betriebe zu einem maximalen Wettbewerb zwingt, wofür es viele Hindernisse aufheben will.

Frau Franzen hat das eben angesprochen und ich kann dazu einige Beispiele anführen: In der Dienstleistungsrichtlinie ist immer noch nicht definitiv klar, ob das Herkunftslandprinzip, das ja ein Grundprinzip der EU ist, nicht doch gilt. Auch die Problematik der Kontrollen der Dienstleistungserbringer ist nicht ausreichend geklärt. Außerdem dürfen den Dienstleistungserbringern nur Hindernisse auf Basis der Einhaltung des Schutzes der Gesundheit und der Sicherheit auferlegt werden.

Allen anderen negativen Auswirkungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in Belgien insgesamt wird Tür und Tor geöffnet, und dies mit nur einem Ziel, nämlich den Wettbewerb nach dem Motto „Ring frei, möge der Bessere gewinnen!“ zu fördern.

Das wurde bereits mehrfach erwähnt. In einer EU, in der es zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten keine einheitlichen steuerrechtlichen und arbeitsmarkt- sowie sozialpolitischen Regelungen gibt, kann der vollkommen freie Wettbewerb nur zu einem unfairen Wettbewerb mit der Folge des arbeitsrechtlichen und sozialen Dumpings zum Nachteil der Arbeitnehmer führen.

Dazu habe ich ein Beispiel von der Batibouw-Ausstellung mitgebracht. Da gab es einen Stand mit einer großen Überschrift, die lautete: „Wer arbeitet heute noch für 20 EUR pro Stunde, alle Soziallasten inklusive?“ Darunter stand die Antwort: „Wir!“ An diesem Stand bot eine rumänische Firma ganz legal ihre professionellen Dienstleistungen im Baubereich für 20 EUR pro Stunde „all inclusive“, also inklusive Soziallasten, an.

Der Werbeflyer sagt sogar, dass alle notwendigen verwaltungstechnischen Formalitäten übernommen werden. Interessierten stelle ich diesen Flyer gerne zur Verfügung.

Ganz besonders den Kollegen der PFF möchte ich diesen Flyer empfehlen, damit Sie diesen an Ihre Wählerschaft in den hiesigen kleinen und mittelständischen Betrieben verteilen können. Wie Sie sich allerdings dort rechtfertigen, dass Sie für diese Entwicklung die politische Mitverantwortung tragen, werde ich Ihnen gerne überlassen.

Aber auch die Kollegen der SP sollten sich diesen Flyer einmal genau anschauen, wenn sie wieder die Floskel von sozialer Gerechtigkeit verbreiten. Auf jeden Fall ist eines klar: Unsere Betriebe können für diesen Preis nicht arbeiten.

Damit sind wir bei der Frage, was Wettbewerb eigentlich bedeutet und ob es dann noch sozial gerecht zugehen kann, so wie es der Urgedanke Europas eigentlich propagiert hat.

Der Vergleich ist einfach. Stellen Sie sich einen 400-Meter-Lauf vor: Es wird nur einen Ersten geben, alle anderen sind Verlierer, selbst der Zweite oder Dritte. Viel schlimmer ist jedoch, dass im Rennen „Wachstumszwang in Europa“ alle gezwungen sind, Erster zu werden. Dazu haben einige bessere Voraussetzungen. Andere schaffen nicht einmal die Qualifikationsnorm, wieder andere müssen viel mehr trainieren, und einige werden sich sogar dopen oder dem Druck nicht standhalten können. Trotzdem ist es und wird es ein Wettbewerb mit Gewinnern und Verlierern sein. Bis zum Wort „Ausbeutung“ ist es dann nicht mehr weit. Nimmt man die Vorgaben der Lissabon-Strategie und den Urgedanken Europas sowie das, was Frau Stoffels eben von der sozialen Gerechtigkeit gesagt hat, dann ist das alles Schönfärberei und passt irgendwie nicht zusammen.

Anhand eines weiteren Beispiels will ich verdeutlichen, in welcher Lage das Europa der 27 sich befindet und dass wir kein Einheitsdenken, sondern ein Konkurrenzdenken produzieren. Die Parlamente, auch das der Deutschsprachigen Gemeinschaft, heißen diese Szenarien, die sich beispielsweise in den Entlassungen bzw. Schließungen von Aspel, Opel und Carrefour widerspiegeln, durch diese Dekrete und durch den Lissabon-Vertrag gut.

Europa – und das wussten schon die Gründerväter, als sie sich Gedanken zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten gemacht haben – ist vergleichbar mit einer Autobahn. Wenn alle 120 km/h fahren, geschieht nichts. Wenn alle 30 km/h fahren, kommt man zwar langsamer voran, aber es passiert auch nichts. Europa ist allerdings vergleichbar mit einer Autobahn, auf der manche mit 30 km/h und manche mit 120 km/h fahren. Was passiert? Es kommt zu Staus, zu Unfällen mit Sachschaden, manchmal sogar zu Körperverletzungen bis hin zu Todesfällen - siehe Griechenland, Spanien, Portugal, Irland.

Die Politik war herausgefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, um ein Gleichgewicht zu erzeugen und somit dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit, den hier manche gerne als Floskel benutzen, wirklich nahezukommen.

Der Rahmen, den die Lissabon-Strategie absteckt, basiert jedoch auf dem Recht des Stärkeren, wonach nur multinationale Konzerne in ertragreichen Branchen überleben. Die multinationalen Konzerne diktieren uns dann die Preise und die Art und Weise.

Strom, Gas, Wasser, Pharmaindustrie und Telekommunikation sind die besten Beispiele. Die nächsten Felder werden Ernährung, Bildung und Kulturwirtschaft sein. Unter der Art und Weise verstehe ich in erster Linie, wo, wann und zu welchen Bedingungen produziert und Leistungen erbracht werden.

Dass damit unser lokaler und regionaler Arbeitsmarkt gefährdet sein dürfte, leuchtet ein. Und hier, Herr Lambertz, ist dann Ihre oft gebrauchte Wortschöpfung angebracht: „Dies ist von fundamentaler Bedeutung!“ Alles andere können dann nur noch Hilfsmaßnahmen und Flickschusterei sein, wenn wir zum Beispiel Einstellungsprämien an Betriebe, zinslose Kredite an Bedürftige und andere Förderungen und Subventionen vergeben und in Dekreten verankern.

VIVANT hat vor zwei Jahren gesagt, wohin der Zug Europas und der Finanz- und Wirtschaftswelt fährt. Wir haben Experten und Professoren zu diesen Themen eingeladen. Wir haben diese Erkenntnisse im Parlament vorgebracht, und keiner wollte sie hören.

Der Lissabon-Vertrag wurde hier ohne weiteres durch gewunken. Herr Meyer wurde ausgelacht und beschimpft. Ich weiß, dass einige das heute in irgendeiner Art und Weise erneut mit mir versuchen werden. Aber die Realität, Kolleginnen und Kollegen, liegt vor unserer Haustür. Verleugnen bringt nichts. Es wäre mein Wunsch, dass wir gemeinsam auf diese Herausforderungen eingehen. Aus all diesen Gründen wird die VIVANT-Fraktion dem Dienstleistungsdekret nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Rede von Michael Balter zum Sanatorium 15. März 2010

Wenn sich der Nebel der Selbstbeweihräucherung einiger meiner Vorredner gelegt hat, dann werde ich einmal über den Preis der Demokratie sprechen, um diese Leute wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen.

Entschuldigen Sie bitte, aber was einige Vorredner heute dargelegt haben, war so unsachlich, wie ich es selten gehört habe. Eine Ausnahme war Herr Arimont, der – wie ich finde – eine sehr klare Rede gehalten hat. Er hat über den Bürger und die Menschen da draußen gesprochen, die das Geld erwirtschaften, das hier ausgegeben werden darf.

In den letzten Wochen ist viel diskutiert worden. Der Bürger hat eine Fülle von Informationen erhalten, die teilweise heute wieder diskutiert worden sind. Zahlen wurden genannt, korrigiert und erneut genannt. Ein Zahlenverwirrspiel ist entstanden, das übrigens von der Mehrheit aufgebaut wurde. Man könnte fast sagen, es ist regelrecht entworfen worden. Die Zahlen wurden anfangs bewusst niedrig angesetzt. Nach der Veröffentlichung – gerade haben wir wieder einige Interpretationen gehört – wurden diese Zahlen sozusagen neu interpretiert mit dem Argument: „Ja, damals war ja nicht alles drin.“ An dieser Stelle möchte ich nochmals die BRF-Interviews in Erinnerung rufen. Herr Siquet hat damals mit Deutlichkeit gesagt und immer wieder wiederholt: „Wir halten uns an den festgesetzten Rahmen von 11,5 Millionen EUR.“ Welche Strategie wurde also hier verfolgt? War es vielleicht eine bewusste Täuschung der Bevölkerung?

Der Aufruhr in der Bevölkerung in den letzten Wochen und Monaten war eindeutig. Die Menschen sind dessen ganz einfach überdrüssig: „Nach den Prestigebauten der Regierung jetzt auch noch ein neues Parlamentsgebäude!“ Nein, ein Großteil der Bevölkerung erklärt sich damit nicht einverstanden. Wieder wurde getagt und geplant, das Ganze wurde ein neues Verwirrspiel.

Wir von VIVANT haben es als unsere Aufgabe angesehen, die uns vorgelegten Zahlen zu analysieren, und zwar nicht, um mit ihnen „um uns zu werfen“. Wir haben darüber mit Experten gesprochen. Wir wollten endlich einmal Klarheit haben: Worum geht es eigentlich? Wie hoch ist der Preis nun wirklich? Diese Vorgehensweise wurde uns dann wiederum vorgeworfen. Auf der Website von ProDG kann jeder Bürger nachlesen, zu welchen Mitteln die Befürworter des Projekts und besonders diese Partei greifen, nicht nur, um uns zu beleidigen – das sind wir ja gewohnt, damit können wir leben –, sondern auch, um die Bürgerinnen und Bürger zu verwirren.

Da hieß es, dass die Entsorgung von Asbest mehrere Millionen Euro kosten würde. Das ist nicht nur falsch, das ist eine glatte Lüge! Das Gebäude ist nicht mit Asbest kontaminiert. Laut Aussagen der Projektleiterin kostet die Asbestentsorgung circa 180.000 EUR. Dies nur als Beispiel, wie man den Bürger bewusst irreführen wollte. Nachdem ich diesen Kritikpunkt in einem Leserbrief veröffentlicht hatte, wurde diese Behauptung natürlich von der Internetseite entfernt. Aber keine Angst, wir haben diesen Text natürlich abgespeichert.

Zu den Kosten kann man nur so viel sagen: Wenn es denn bei 16,6 Millionen EUR, ohne Zinsen, bleibt, dann sind dies mehr als 3 Millionen EUR mehr als für das gesamte Triangel-Gebäude, modernste Technik und angegliedertes Dienstleistungszentrum inklusive. Dort arbeiten mehr als 80 Personen. Es gibt u. a. Veranstaltungsräume für bis zu 600 Personen. Und für das Parlament sollen 16,6 Millionen EUR, ohne Zinsen, ausgegeben werden?

Aber was sind 16,6 Millionen EUR, was steckt hinter dieser Summe?

Viele Bürger können damit nichts anfangen. Was sind 16,6 Millionen EUR, d. h. über 600 Millionen BEF? Ich möchte keine Äpfel mit Birnen vergleichen, sondern dem Bürger verdeutlichen, was hinter dieser Summe steckt.

Ein gutes Einfamilienhaus kostet circa 270.000 EUR. Das heißt, wir reden hier von der Summe von 61 solcher Einfamilienhäuser, inklusive Ausstattung. Das ist so viel wie ein Eifeler Dorf. Was geschieht mit diesem Geld, das man vergleichen kann mit den Kosten für 61 Häuser?

Stellen Sie sich das einmal vor: Sie haben auf der einen Seite 16,6 Millionen EUR - ohne die Kosten, die hier für den Umzug entstehen werden - für die Sanierung eines Gebäudes und die Errichtung eines Anbaus und auf der anderen Seite 61 Häuser.

Was geschieht damit?

Wir haben nachgezählt und festgestellt, dass 28 Verwaltungsangestellte und circa 11 Fraktionsmitarbeiter täglich vor Ort sind. 25 Parlamentarier und 6 bis 10 beratende Mandatäre treffen sich ungefähr einmal im Monat zu einer Plenarsitzung. Im Durchschnitt finden in Gruppen von 8 bis 12 Personen maximal 16 Ausschusssitzungen im Monat statt. Hinzu kommen eine Präsidiumssitzung circa einmal pro Monat und ab und zu Sonderausschüsse.

Für die Legislaturperiode 2004-2009 ergab dies einen Jahresdurchschnitt von 15,8 Plenarsitzungen und 156,8 anderen Sitzungen.

Das heißt – denken Sie an die 61 Häuser –, wir haben im Monat durchschnittlich 1,3 Plenarsitzungen – selten wohnen ihnen außenstehende Zuschauer bei, meistens sind es Parteikollegen und –kolleginnen oder Mitarbeiter der Regierung – und 13 andere Sitzungen.

Dafür sollen hier 16,6 Millionen EUR ausgegeben werden. Ich habe bewusst diesen Vergleich gewählt, um einmal Klarheit zu schaffen, um welche Summe es sich hier überhaupt handelt.

Hinzu kommt, dass das Geld ja gar nicht vorhanden ist. Die Deutschsprachige Gemeinschaft muss sich dieses Geld leihen. Wer muss das mit Zinsen zurückbezahlen? Die lieben Bürgerinnen und Bürger.

Wenn es in diesem Hause wieder einmal um Millionen ging, habe ich mich oft gefragt, ob alle darüber Bescheid wissen. „Wir wissen auch, dass es Steuergelder sind!“, hieß es einmal in der Arbeitsgruppe. Ich habe aber oft das Gefühl, dass einige Mitglieder dieses Hauses nicht unbedingt ein Gespür dafür haben, was Steuergelder eigentlich sind.

Immer mehr habe ich den Eindruck – die heutige Diskussion hat dies noch einmal verdeutlicht –, dass sich die Mehrheitspolitiker immer mehr von den Menschen auf der Straße regelrecht entfernen. Dazu möchte ich noch einmal ProDG zitieren. Wörtlich heißt es in der letzten Veröffentlichung auf deren Internetseite: „Nicht das Balter & Co keine Bilanz lesen könnten, schlimmer: Sie können Bilanzen und Haushalte lesen, reden aber so wie Hinz und Kunz an der Theke, der das nicht kann.“

FRAU KLINKENBERG (aus dem Saal): Herr Balter, das steht nicht auf unserer Website, das ist ein Link!

HERR BALTER (vom Rednerpult): Das Schöne an dem Link ist ja, dass sich bisher niemand getraut hat, seinen Namen unter diese Aussagen zu setzen. Aber Sie wissen ja, wie das mit den modernen Medien ist: Man gibt einen Begriff ein und dann sucht man. Ein Fraktionsmitglied der ProDG hat das veröffentlicht. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen nachher die Unterlagen geben. Ich finde es sehr schade, dass die Person nicht den Mut gefunden hat, ihren Namen unter dieses Dokument zu setzen. Ich gebe Ihnen nachher gerne die Unterlagen, wenn Sie sie haben möchten.

Meine Damen und Herren, eine solche Aussage ist in meinen Augen an Überheblichkeit nicht zu überbieten. „Hinz und Kunz“, das ist eine Redewendung und ein Synonym für „jedermann“. Es wird heutzutage jedoch meist spöttisch gebraucht.

Aber es sind „Hinz und Kunz“, es sind die Bürgerinnen und Bürger dieser Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Bürgerinnen und Bürger Belgiens, die es durch ihren Fleiß und ihre Arbeit erst ermöglichen, dass hier überhaupt ein Licht brennt. Und da ich frage Sie: Wo bleibt Ihr Respekt?

Ich möchte folgenden Begriff in diese Diskussion werfen. Ein Mitglied dieses Hauses sprach von „falscher Bescheidenheit“. Meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, wie man angesichts folgender klarer Fakten in Bezug auf die Deutschsprachige Gemeinschaft an solch einen Begriff überhaupt denken kann: Es reicht nicht, dass wir die höchste Ministerdichte der Welt haben, es reicht nicht, dass sich die Regierung erst kürzlich einen Sitz von über 7 Millionen EUR gegönnt hat, es reicht nicht, dass wir Vertretungen in Berlin und Brüssel haben, dass wir über 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien haben - und das alles für eine Kulturgemeinschaft von 75.000 Einwohnern.

Bitte denken Sie einmal sachlich darüber nach und versuchen Sie, dies mit dem Begriff „Bescheidenheit“ und „Maßhalten“ zu verbinden. Ist es nicht sogar Aufgabe der Politik, als Vorbild Bescheidenheit zu zeigen, ja vorzuleben? Muss denn immer alles groß sein? Wahre Größe und Stärke hat nichts mit großen Bauten zu tun, sondern mit großen Taten.

Abgesehen von der allgemeinen Diskussion über die Kosten des Umzugs bzw. die Kosten für die Sanierung des Sanatoriums sollte man einmal über den Sinn dieser Operation nachdenken und darüber, welchen Ausgang sie für den Patienten hat.

Ich möchte nun über die Stärkung des Parlaments sprechen. Es wird seit Monaten über Zahlen, über den Umzug gesprochen, aber bis jetzt hat, abgesehen von Herrn Arimont, noch niemand den Inhalt dieses Gebäudes, nämlich die parlamentarische Demokratie, angesprochen.

Das ist in meinen Augen der wesentliche Punkt: der Stellenwert der Demokratie und die Aufgabe des Parlaments. Warum braucht man ein neues Parlamentsgebäude? Warum sollte man die Arbeitsbedingungen verbessern, wenn man sich ruhig und sachlich einige Gedanken zum Ablauf hier vor Ort durch den Kopf gehen lässt? Einige Vorredner haben dies ja schon angesprochen.

Herr Palm wird dies sicherlich nochmals verdeutlichen und auf die Wichtigkeit des Umzugs hinweisen. Hierzu empfehle ich Ihnen ein interessantes Buch. Wir alle wissen, welche Funktion wir hier innehaben, welche Aufgabe uns der Bürger erteilt hat. Aber werden wir dieser Aufgabe auch gerecht?

Seit neun Monaten bin ich nun Mitglied dieses Parlaments, und was ich hier erlebt habe, ähnelt in groben Zügen dem, was ein deutscher Bundestagsabgeordneter der SPD in einem Buch niedergeschrieben hat, das am letzten Freitag veröffentlicht wurde.

Das Buch heißt „Wir Abnicker“ und trägt den treffenden Untertitel „Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter“. Der Autor bricht erstmals das Schweigen der deutschen Parlamentarier und deckt auf, wie Abgeordnete zu vorgegebenen Entscheidungen gedrängt werden. Es ist eine Enthüllungsgeschichte, die aufdeckt, wie immer mehr Macht vom Parlament an die Regierung übertragen wird. Der Bericht zeugt von einer handfesten Krise der parlamentarischen Demokratie.

Meine Damen und Herren, ich möchte dieses Buch als Diskussionsgrundlage verwenden und daraus einige Sätze zitieren. Dieser SPD-Mann ruft auf zum Widerstand. Er ist der Meinung, die Politiker müssten selbst vorangehen und die Macht in die Mitte des Parlaments zurückholen.

Einige werden mir dies vielleicht übel nehmen, aber ich denke, dieses Thema muss im Zusammenhang mit dem Parlamentsumzug angesprochen werden. Ich zitiere kurz aus diesem Buch des SPD-Abgeordneten: „Ich fürchte, dass nicht nur etwas falsch läuft mit unserem parlamentarischen System, sondern insgesamt die Demokratie Schaden erleidet, wenn wir nicht umsteuern.

Die politische Macht konzentriert sich zunehmend auf eine kleine Elite.“ Er schreibt weiter: „Die Regierung, genauer: einige ihrer Mitglieder, dürfen während ihrer Amtszeit mit am Tisch der Mächtigen sitzen und mitentscheiden. Alle anderen sind hauptsächlich zu Zuschauern degradiert.

Und das Parlament, das die Regierung kontrollieren sollte, die eigentlich vorgesehene „Entscheidungsmitte“, scheint gar nicht den Willen zu haben, diese Kontrollfunktion wahrzunehmen. Die Regierungsfractionen konzentrieren sich darauf, die Regierung zu stützen, deren Vorhaben abzusegnen und diese den Menschen gegenüber dann zu vertreten.

Möglichst kritiklos, am besten im Brustton der Überzeugung, auch wenn diese nur gespielt ist. Kaum jemand hinterfragt diesen Machtverlust, viele beteiligen sich mit großem Engagement an dieser politischen Inszenierung.“

Meine Damen und Herren, ich denke, darüber sollte nachgedacht werden. Herr Arimont hat eben einige Zahlen dazu genannt. Wir reden hier über die Investition einer riesigen Summe in ein Gebäude, aber kaum jemand redet über die parlamentarische Demokratie. Nirgends ist das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament in solch einem krassen Ungleichgewicht wie hier in Eupen. Als Beispiel: Die Regierung kann über 33 Mitarbeiter verfügen, während die gesamte Opposition zusammen gerade einmal 5 Mitarbeiter hat: ein ungleicher Kampf.

Uns Parlamentariern ist die verfassungsmäßige Aufgabe zugeteilt worden, die Regierung zu kontrollieren. Die Regierung schlägt etwas vor, und dies wird dann nach einigen mehr oder weniger sachlichen Diskussionen meistens durch gewunken.

Wenn sich damit ein Parlamentarier nicht einverstanden erklärt, wird er beschimpft oder als Populist bezeichnet, ja sogar das Wort Demagoge ist gefallen. Wir von VIVANT sind für die Autonomie, wir sind für die Deutschsprachige Gemeinschaft und wir sind für ein starkes, unabhängiges Parlament. Wir möchten die Demokratie stärken.

In diesem Zusammenhang ist etwas sehr seltsam: Das Erste, was ich als Parlamentarier vom damaligen Präsidenten Siquet im Präsidium gehört habe, war: „Wir müssen sparen.“ Und er legte einen Beschluss vor, durch den sämtliche Mittel für die VIVANT-Fraktion gestrichen wurden.

HERR SIQUET (aus dem Saal): Das war ja auch richtig so!

HERR BALTER (vom Rednerpult): Die einen machen das Spiel mit. Wer nicht mitspielt, den versucht man lächerlich zu machen. Man beschimpft ihn und kürzt ganz einfach die Mittel. Man ändert die Spielregeln sogar noch während des Spiels. Das ist eine interessante Interpretation des Begriffs „parlamentarische Demokratie“.

Aber wir brauchen ja, um die Arbeit hier zu verbessern, ein neues Gebäude. Da fragt man sich wirklich, warum. Ob die Mehrheit die von der Regierung vorgelegten Beschlüsse am Kaperberg durchwinkt oder im Sanatorium, welchen Unterschied macht das? Werden die Dekrete dadurch besser? Vergrößert das deren Bürgernähe?

Diese ganze Diskussion wird nicht etwa in Zeiten voller Kassen geführt, sondern in Zeiten der größten Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten 60 Jahre.
Seien Sie einmal ehrlich, meine Damen und Herren:

Muss das sein? Haben wir nichts Besseres zu tun, haben die Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft keine anderen Sorgen als ein neues Parlamentsgebäude?

An dieser Stelle möchte ich einmal den Begriff „Vernunft“ einfließen lassen und Sie trotz all Ihrer Scheinargumente höflichst bitten, Besonnenheit zu zeigen.

Meine Damen und Herren, was versteht die VIVANT-Fraktion darunter? Was müsste getan werden? Willy Brandt hat einmal gesagt: „Mehr Demokratie wagen.“ Sollten wir die aktuelle Diskussion nicht nutzen, um Möglichkeiten zu suchen, die parlamentarische Demokratie zu stärken? Ein erster Schritt wäre sicherlich die Einführung eines geheimen Abstimmungsmodus im Parlament. Das Parlament sollte in meinen Augen, in den Augen der VIVANT-Fraktion am Kaperberg bleiben.

Wenn es hier denn wirklich zu eng ist – was wir von VIVANT bezweifeln –, dann könnte, wie es fürs Staatsarchiv geplant war, für wenig Geld ein Anbau errichtet werden. Die Pater-Damian-Schule sollte einen Neubau und einen zusätzlichen Anbau für vier Klassen erhalten. Außerdem sollte sie für die sechs noch benötigten Klassenräume und die Verwaltungsräume die Räume des Staatsarchivs übernehmen.

Für das Staatsarchiv findet sich sicherlich in Eupen ein leer stehendes Gebäude. Gemäß dem geltenden Abkommen ist ja die Stadt Eupen für das Staatsarchiv zuständig.

Was könnte mit dem Sanatorium geschehen? Dieses Gebäude wurde ursprünglich als Heilanstalt gebaut und konzipiert. Somit bleibt zu überlegen – auch im Hinblick auf den demografischen Wandel –, ob es eventuell als Standort für ein Alten- und Pflegeheim in Frage käme. Auch wäre denkbar, das Sanatorium anderen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen, die zurzeit in der ganzen Deutschsprachigen Gemeinschaft verstreut sind und oft Miete zahlen müssen.

Ein Dienstleistungszentrum für die Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft wäre denkbar. Dabei sollte man Folgendes berücksichtigen: Laut Aussage des Statikers ist das Sanatoriumsgebäude in einem guten Zustand, denn für damalige Verhältnisse wurden hochwertige Baumaterialien verwendet. Asbest ist nur punktuell vorhanden. Also ist das ehemalige Sanatorium keineswegs baufällig. Man muss somit nichts überstürzen, sondern kann in Ruhe abwägen, welche sinnvolle Nutzung hier möglich wäre.

Auch wenn das Gebäude noch ein oder zwei Jahre lang leer stehen würde, würde es keinen weiteren Schaden nehmen, da sich die Bausubstanz ja in einem guten Zustand befindet. In diesen heutigen Zeiten sollte man Bedachtsamkeit und Weitsicht an den Tag legen.

Meine Damen und Herren, es gibt noch einen entscheidenden Faktor: der Bürger. Er wurde nicht gefragt. In dem Zusammenhang muss ich noch einmal auf meinen Kollegen Arimont zurückkommen, der sagte: „Eine Minderheit im Parlament vertritt die Mehrheit der Bevölkerung.“ Wenn Sie alle die Mitglieder Ihrer Partei über die Frage abstimmen lassen würden „Seid ihr in diesen Zeiten für dieses Projekt oder dagegen?“, wäre ich gespannt, was dabei herauskäme.

Ich möchte Sie im Namen eines Großteils der Bevölkerung bitten: Zeigen Sie Einsicht und stimmen Sie dem vorgegebenen Vorschlag zum Parlamentsumzug nicht zu, auch aus Respekt vor der Meinung des Bürgers! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Replik von Alain Mertes zum Sanatorium 15. März 2010

Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung und des Parlaments, werte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft!

Eigentlich sollte in der Politik ein Miteinander herrschen, doch dem ist leider nicht so. Was hier stattfindet, ist ein Kampf, ein Kampf um Macht. Diesen Machtkampf bezahlt der Bürger. Das ist bedauerlich und sollte uns allen zu denken geben!

Der Parlamentsumzug ins Sanatorium ist überflüssig. Das wissen auch alle hier Anwesenden. Mir stellt sich die Frage: Wenn der Umzug nicht nötig ist, was steckt dann in Wirklichkeit dahinter? Natürlich ist da die Verlockung, der Reiz, in ein solch prachtvolles Anwesen einzuziehen. Es kann einem das Gefühl der Macht und Überlegenheit geben. Brauchen wir wirklich diese Prachtentfaltung?

Mir wird bange angesichts der horrenden Kosten, die dieses Anwesen schluckt, und ich stelle mir die Frage, wo wir dieses Geld wieder einmal herkriegern sollen.

Dienen dieses Haus und der Umzug des Parlaments der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft?

Nein, dies ist nicht der Fall. Die Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben ganz andere Sorgen. Es hat für sie keine Bedeutung, wo das Parlament tagt. Die Bevölkerung erwartet, dass wir hier zum Wohle aller beitragen.

Wird der neue Parlamentssitz unsere Arbeit verbessern?

Nein, denn solange der Bürger, der Mensch nicht in den Mittelpunkt unserer Arbeit gerückt wird, wird auch die Arbeit des Parlaments nicht besser.

Ist es nicht unsere Pflicht, sorgsam mit den von uns und unseren Mitbürgern erarbeiteten Geldern umzugehen? Tun wir dies mit diesem Projekt?

Nein! Erstens haben wir dieses Geld gar nicht und zweitens wird es im Dienst an der Bevölkerung viel dringender benötigt.

Was wäre, wenn das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht umziehen würde? Nichts! Die Pater-Damian-Schule würde ihren Anbau erhalten. Die Stadt Eupen würde an anderer Stelle eine Unterkunft für das Staatsarchiv finden. Das aktuelle Parlamentsgebäude würde aufgewertet und unsere Arbeit hier fortgesetzt.

Für den Bürger würde sich nichts ändern, bis auf eines: Das von ihm erwirtschaftete Geld könnte weiterhin ihm, sprich: der Allgemeinheit, zu Gute kommen. Es würde dorthin fließen, wo es hingehört. Leider hat der Bürger kein Mitspracherecht mehr. Selbst wenn er das Projekt nicht will, hat dies keine Bedeutung mehr.

Wo sind wir da wohl angekommen?

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Rede von Alain Mertes zum Sitzabkommen Dokumente 37+38 19.April 2010

Herr Präsident!

Mitglieder in Regierung und Parlament!

Werte Bürgerinnen und Bürger der DG !

Interessant an diesen Dekreten ist zuerst einmal die Begründung, mit welcher der zuständige Minister die Anwendung des „beschleunigten Verhandlungsverfahren“ rechtfertigt.

Es heißt da (ich zitiere): „Das beschleunigte Verhandlungs-verfahren findet unseres Erachtens seine Berechtigung in der Tatsache, dass wir der Meinung sind, dass Belgien den genannten Vertrag so schnell wie möglich ratifizieren sollte.“ (Zitat Ende).

Oder anders ausgedrückt: Wieso sollen die Verträge schnell ratifiziert werden? Ja weil sie schnell ratifiziert werden sollen. Wirklich sehr aufschlussreich. Gegen eine vernünftige Argumentation hat sicherlich niemand etwas, doch hier entsteht der Eindruck, dass diese Dekrete ohne Hinterfragen, ohne Diskussion durch gewunken werden sollen.

Nun zum Inhalt der Abkommen in den Dokumenten 37 und 38.

Genau so problematisch wie bei allen bisher in diesem Parlament verabschiedeten internationalen Abkommen in Bezug auf diplomatische Vertretungen von Ländern und Ländergruppen muss auch dieses Abkommen gesehen werden, weil es,

wie in Dokument 37 Artikel 18 und in Dokument 38 Artikel 16 geschrieben steht, den Leitern sowie deren Stellvertretern dieselben Vorrechte und Immunitäten wie dem diplomatischen Personal gewährt.

Wie ich bereits vor mehr als einem halben Jahr, am 15. September 2009, bei der Abstimmung zum Sitzabkommen der EVA, der europäischen Verteidigungsagentur, an einigen Beispielen aufgezeigt habe, geht mit dem Erteilen von Immunitäten auch immer deren Missbrauch einher. Eine grundlegende Veränderung bzw. eine Abschaffung dieser Vorrechte ist also mehr als überfällig.

Seltsam ist auch in Dokument 37 Artikel 27 bzw. in Dokument 38 Artikel 26 welcher präzisiert, dass die Immunität nicht bei Verstößen gegen die Verkehrsordnung oder bei Schäden, die ein Kraftfahrzeug verursacht gilt. Heißt dies dann im Umkehrschluss, dass bei allen anderen gesetzeswidrigen Handlungen, wie z.B. Diebstahl, Körperverletzung, Drogenschmuggel, Geldwäsche, Menschenhandel, usw. dies nicht der Fall ist?

Auch der Staatsrat übt Kritik und weist hin auf die Verfassungswidrigkeit in Bezug auf die Vermischung von Gewalten durch die Bestimmung, dass der Finanzminister ermächtigt wird in Steuerfragen Bedingungen festlegen zu können, welche laut Verfassung vom Gesetzgeber, also vom Parlament, festgelegt werden müssen. Auf diese Weise werden grundlegende Pfeiler unserer parlamentarischen Demokratie entfernt.

Mir persönlich geben solche Abkommen den Eindruck, dass Gesetze nur für das so genannte „einfache Volk“ erschaffen werden. Die so genannte „Elite“, die Machthaber, erteilen sich selbst Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen usw., und erschaffen damit ihre eigenen Gesetze.

Die VIVANT- Fraktion stimmt somit gegen die Annahme der Abkommen in den Dokumenten 37 und 38 durch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vivant-Fraktion im PDG

Alain Mertes